

Über den Versuch, den Deutschen Bundestag zu informieren

In meinem Text 160 habe ich erneut die Verfassungstreue unserer Verfassungsorgane angezweifelt.

In der Textsammlung 163 zeige ich die Schwierigkeiten auf, die ein einfacher Bürger hat, wenn er dem Bundestag mitteilen will, dass er aufgrund eigener Beobachtungen und seines Nachdenkens u. a. in seinem nachfolgend benannten Text zu dem Urteil gekommen ist, dass er den Bundestag als die wichtigste Institution unserer Republik für verfassungs- und demokratiefeindlich hält.

>>Von der Wirkung politischer Leitideen, besonders, wenn sie falsch sind und auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag.

Die Linken und die Mittigen sind die Verursacher des neuen Einflusses der Rechten und sie bilden den gedanklichen Zaun, der den Menschen den Weg in die Freiheit und den Wohlstand ohne Zukunftsangst versperrt.

Die Thesen zum Zustand unserer Demokratie und Ökonomie und ihren Entwicklungs-Chancen vom Januar 2019 befinden sich im Text 160.0. <<

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/160.0.Die.Thesen.Von.der.Wirkung.politischer.Leitideen.pdf>

**Hier
der Schriftverkehr mit dem Präsidium und dem Petitionsausschuss**

Text 163

www.tristan-abromeit.de

25. Juli 2019

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg
31535 Neustadt
abromeit@t-online.de
www.tristan-abromeit.de

Text 163

Deutscher Bundestag
Petitionsausschuss
Platz der Republik

11011 Berlin

25. Juli 2019

Petitionsrecht / Pet A-19-99-1030-017757
Mein Schreiben vom 15. Januar 2019 an das Präsidium des Dt. Bundestages
Ihre Antwort vom 20. März 2019 (Kopie im Anhang)
Vorgang bearbeitet von Frau Dagmar Schrinner-Otto

Sehr geehrte Mitglieder des Petitionsausschusses,
sehr geehrte Frau Schrinner-Otto,

wenn ich erst heute auf ihr oben angeführtes Schreiben reagiere, dann in der Hauptsache, weil ich von den Mitgliedern des Bundestages nichts Gutes mehr erwarte. Diese Aussage ist kein Versuch, die Mitglieder des Bundestages und die Mitarbeiter des Parlaments herabzusetzen, sondern Ausdruck meiner langjährigen politischen Erfahrung. (1967 Gründung der *Liberal Sozialen Partei*, danach wurde ich Mitglied der *F.D.P.*, es folgte die Mitgliedschaft in der *GLU* in Niedersachsen und als *GLU*-Mitglied wurde ich dann Gründungsmitglied der *SPV Die Grünen* und danach der Partei *DIE GRÜNEN*.)

Meine Einschätzung, dass die Mitglieder des Deutschen Bundestages sich in Bezug auf Demokratie und Ordnungspolitik in den zurückliegenden Legislaturperioden gravierende Fehlleistungen erlaubte, steht nicht im Widerspruch dazu, dass ich die Mandatsträger als Personen respektiere, achte und zu würdigen weiß. Aber die Leistungs- und Leidensbereitschaft, die sich in der politischen Arbeit offenbart - das wissen wir auch aus der Weimarer Republik und der dunklen Zeit des Nationalsozialismus - kann in die Irre gehen. Die verzweifelte Suche nach besseren politischen und Lösungen bei uns und weltweit, zeigt an, dass die Politik

wieder auf Irrwegen wandelt, an deren Ende auch für uns Deutsche wieder Krieg und Vertreibung stehen. Diese Gefahr wird um so größer, je weniger die Wissenschaft, die Medien und die Parlamente das Wirrwarr der Meinungen in eine konstruktive Suchphase für bessere Lösungen in allen Politikbereichen überleiten können und es bei einer gegenseitigen Denunzierung verbleibt. Wenn erst jeder jeden niederbrüllt, ist nichts mehr zu retten. Ich erinnere daran, dass die Parlamentsmitglieder institutionell die Hauptverantwortlichen für die Vorgänge in unserer Republik sind, und zwar unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit. Eine Überforderung von Mandatsträger in einer politischen Lage wie heute erscheint mir ganz normal und erscheint mir als das Ergebnis, das die Politik die Republik wie einen monopolistischen Konzern führen will. In dieser Situation gehört für den einzelnen Abgeordneten viel Mut dazu, die Überforderung offen zu bekennen und die Konsequenz daraus zu ziehen. Es sei daran erinnert, dass kein Bürger zur Übernahme (oder Beibehaltung) eines Parlamentsmandates gezwungen werden kann.

Ich wollte bei meiner Mitteilung an das Präsidium des Deutschen Bundestages nur mitteilen, dass ich bei meinen Überlegungen zu unserer politischen Lage zu der Einschätzung gekommen bin, dass unsere Verfassungsorgane sich zu Verfassungs- und Demokratiefeinden entwickelt haben. Die Gründe waren: a) Ich wollte, dass die Betroffenen die Chance erhielten, von mir selber zu erfahren, warum und wie ich zu meinen Schlüssen gekommen bin, die mehr als eine Sachbeschreibung und weniger als ein Vorwurf gedacht sind. b) Das Präsidium habe ich als Adressat gewählt, weil ich mich überfordert sah, allen Mitgliedern des Deutschen Bundestages meine Nachricht zukommen zu lassen.

Wenn Herr Ramez im Büro des Bundestagspräsidiums deren Mitglieder nicht vom Vorhandensein meiner Nachricht unterrichten konnte oder wollte und das Schreiben an den Petitionsausschuss weiterleitete, ist das ein Zeichen für ein sachliches und politisches Fehlverhalten. Es gibt eben Informationen die nicht ausreichend geprüft werden, wenn sie nur bei dem Kopf eines Gremiums (oder dessen Vorzimmer) landen und zwar, weil diese Köpfe bei der Vielzahl der Vorgänge leicht überfordert und bei ihrer Bewertung auch nicht immer neutral sind. Ich bin 1989 auch so mit einem Schrieb an den Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank so verfahren, als ich ihm meine nachfolgend benannte Ausarbeitung zugesandt habe. Indirekt konnte ich durch ein Mitglied des damaligen Zentralbankrates erfahren, das tatsächlich so verfahren wurde.

- 5.0  **Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik** (44 Seiten, 248 KB)
Anmerkungen und Anfragen zur Währungsverfassung und zu den Wirkungen der Politik der Deutschen Bundesbank
- Ein Brief an den Zentralbankrat - *Oktober 1989*
- 5.1 **Anlage 1:**  Die Giralgelddiskussion in der Zeitschrift DDW, 1989 (29 Seiten, 3700 KB)
- 5.2 **Anlage 2:**  Literaturhinweise zum Thema Geld / Thema Bargeld / weitere Geldthemen (35 S., 294 KB)
- 5.3 **Anlage 3:**  Lexikastichworte: Silvio Gesell von Prof. Popescu und Prof. Stützel
In Memoriam von Prof. Hahn (13 Seiten, 151 KB)
- 5.4 **Anlage 4:**  SG-Kommentare zum wirtschafts- und sozialpolitischen Zeitgeschehen Nr. 9 / 1977 (15 S., 146 KB)
- 5.5  Glasnost... Die Korrespondenz (25 Seiten, 132 KB)

1987 hatte ich da schon versucht, das grundgesetzwidrige Monopol der politischen Willensbildung durch wenige Parteien zu durchbrechen und mich mit folgendem Text an den Petitionsausschuss gewandt:

- 4.0  **Glasnost und Perestroika** (95 Seiten, 627 KB)
auch in der Bundesrepublik Deutschland
- Ein Brief an die Mitglieder des Bundestages -
Anschreiben zur Petition "Prüfung einer alternativen Ökonomie" vom *Juni 1987*
Januar 1988
- beigefügt wichtige ökonomische Daten in grafischer Form
- dargestellt und kommentiert von [Helmut Creutz](#)
- 4.1  **Glasnost und Perestroika (Petition)** (48 Seiten, 249 KB)
Die Korrespondenz
- 4.2  **Text der Petition und des werbenden Schreibens zur Unterstützung** (3 Seiten, 11 KB) separat

Ich habe dabei übersehen oder ignoriert, dass der damalige Petitionsausschuss für so ein Anliegen nicht vorgesehen war und das seine Mitglieder mit so einem langen Text – in der Fülle der Schriftsätze, die sie in der Hauptsache zu bewältigen haben - auch überfordert waren. Ich denke, dass ich mit meinem Schreiben vom 6. Dezember 2005 an den Petitionsausschuss mehr Einsicht in die schwierige Arbeit des Petitionsausschusses gezeigt habe. Ich füge die 38 Seiten ausgedruckt als Anlage bei und verweise auf den Text auf meiner Internetseite:

[Bewertung der Öffentlichen Petition Nr. 8 vom Oktober 2005 an den ...](#)

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/37.0%20Brief%20an%20Petitionsausschu%DF%206.%2012.%2005.pdf>

Was Sie mit meinem neuen Schriftsatz machen, weiß ich nicht, ist auch nicht meine Sache. Ich kann nicht verhindern, wenn Sie den Papierkorb damit füllen. Zu fragen ist: „Worum geht es mir?“ „Will ich meinen Ehrgeiz oder eine verkappte Geltungssucht befriedigen?“

Wenn solche Motive vorhanden wären, hätte ich – um die Erfolgsaussichten zu erhöhen – mir andere Themen ausgesucht. Sicher will sich der Ärger, den die Verlogenheit der Politik in mir erzeugt hat, Luft machen. Aber das ist nur eine Nebenwirkung. Da ich mit meinen 85 Lebensjahren schon auf der Ernteliste des Sensenmanns stehe, will ich das, was ich bei all meiner Beschränktheit erkannt habe, nicht schweigend mit ins Grab nehmen. Natürlich möchte ich auch allen Enkel und Urenkeln dieser Welt das Elend, das ein deutsches Parlament für die Bürger erneut heraufbeschwört, abwehren helfen. (Ich denke an Weimar: Hitler war die Frucht des ökonomischen Versagens der Demokraten und nur nebenbei von völkischen Spinnereien gestützt.) Es geht aber auch darum, das offene politische Wort durch seine Anwendung zu verteidigen. Die *Deutsche Sprachwelt* bringt in ihrer Ausgabe 76 vom Sommer 2019 unter dem Titel „Ein Volk von Flüsterern“ einen Beitrag zur Meinungsfreiheit nach dem Grundgesetz vom ehemaligen Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus. Kraus geht auf eine Untersuchung des Instituts für Demoskopie in Allensbach ein und schreibt:

Gefragt hatte Allensbach zwischen dem 3. und 16. Mai insgesamt 1.283 über 16 Jahre alte Deutsche. Die Frage lautete wie folgt: „Würden Sie sagen, man kann seine Meinung in der Öffentlichkeit frei äußern, oder muß man bei einigen oder vielen Themen vorsichtig sein?“ Anschließend wurde dieselbe Frage zur Meinungsäußerung im Freundeskreis gestellt.

Das Ergebnis ist mehr als erschreckend. Es ist alarmierend, weil es zeigt, wie weit das Grundgesetz bereits ausgehebelt ist.

Denn: Nur noch in etwa jeder sechste Deutsche (17 bis 18 Prozent) fühlt sich im Internet beziehungsweise in der Öffentlichkeit frei, die eigene Meinung zu äußern. Als Tabuthemen gelten die Themen Flüchtlinge und Islam. Zudem kritisieren 41 Prozent, daß es mit der sogenannten Political Correctness (PC) übertrieben werde. 35 Prozent ziehen für sich sogar den Schluß, daß freie Meinungsäußerung nur noch im privaten Kreis möglich sei.

Erschreckend auch: Nur 59 Prozent meinten, sie könnten sich unter Freunden frei äußern. Das heißt doch nichts anderes, als daß rund 40 Prozent sich nicht einmal mehr dies trauen. Das ist ein klarer Beweis dafür, daß so manche Politik der letzten Jahre (siehe Herbst 2015) nicht nur das Land, sondern auch Freundes- und Bekanntenkreise sowie Familien gespalten hat.

Zwei Drittel der Bevölkerung fühlen sich zudem durch die Sprachdiktate der „Political Correctness“ eingeschränkt, daß zum Beispiel statt von Ausländern umständlich von „Menschen mit Migrationshintergrund“ gesprochen werden soll. Verständnislos reagieren die Bürger auf „politisch korrekte“ Sprachäuberungen wie etwa darauf, daß Astrid Lindgrens „Negerkönig“ in „Pippi Langstrumpf“ zum „Südseekönig“ werden mußte. ...

Das alles ist die Frucht unserer Parlamente und der politischen Parteien – die herrschen wollen, statt zu dienen -. Man sollte das Ergebnis nicht nur als Folge politischer Programmatik

verstehen. Es ist auch die Wirkung des schludrigen Umganges mit den Begriffen Demokratie und Freiheit und das ist ein Ergebnis, das unsere Gesellschaft unserem Bildungssystem zu verdanken hat. („Die Bildungsfreiheit ist Grundlage aller Freiheit! Bernhard Bartmann“) Es ist aber auch ein Ergebnis des jetzigen Systems der Selektion der Mandatsträger und Amtsinhaber, die das Ziel - von einer freiheitlichen Ordnung in unserer Gesellschaft - zu einer Rechtfertigungsideologie für das Gegenteil hat verkommen lassen.. All zu schnell wird auch der antidemokratische Begriff Staatsräson als Bremsschuh der freien Meinungsäußerung verwendet. Wenn hervorragende Vertreter der Politik die Bürger aufrufen, die Demokratie zu verteidigen, dann klingt das immer so, als hätten sie das Recht von den Angesprochenen zu erwarten, dass diese jenes nachkauen, was ihnen gerade vorgekaut wurde. Vergessen wird dabei, dass in der Demokratie nicht nur der Konsens wichtig ist, sondern ebenso der Widerspruch. Bleibt der Widerspruch aus, steht die Diktatur schon vor der Tür und diese kann auch im Kleide der Demokratie daher kommen.

Liebe Mitglieder des Petitionsausschusses, da ich in unserer politisch verwirrten Zeit die Mitgliedschaft im Bundestag eher als eine Strafe sehe und nicht als eine persönliche Auszeichnung, hätte ich Ihnen gerne etwas Aufmunterndes geschrieben. Daran hindert mich keine Feindschaft, sondern der Wille zu einem objektiven Urteil. Ich kann Ihnen doch nicht dadurch behilflich sein, dass ich die Wirklichkeit lügen- oder schmeichelhaft umdeute.

Ich verbleibe mit freundlichen Grüßen

Ihr Bruder im demokratischen Geist – soweit die Flamme der Demokratie noch nicht durch selbstgeschaffene Zwänge verlöscht wurde.

Tristan Abromeit

Anhang

1. Mein Anschreiben vom 15. 1. 2019 an das Präsidium des Deutschen Bundestages.
2. Begleittext der Benachrichtigung vom 8. Januar 2019
3. Antwort des Dt. Bundestages (Referat PuK 3) vom 24. Januar 2019
4. Meine Antwort auf 3. vom 10. 2. 2019
5. Das Schreiben des Petitionsausschusses vom 20. 3. 2019
6. Mein Schreiben vom **6. Dezember 2005** an den Petitionsausschuss. Dieser Text ist für weitere Mitleser unter folgendem Link einsehbar:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/37.0%20Brief%20an%20Petitionsausschu%DF%206.%2012.%2005.pdf>

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3
31535 Neustadt
abromeit@t-online.de
www.tristan-abromeit.de

Deutscher Bundestag
- Präsidium -
Platz der Republik 1

11011 Berlin

15. 1. 2019

Sehr geehrte Damen und Herren im Präsidium des Deutschen Bundestages,

auch ich habe mir erlaubt, mich mit der Lage unserer Nation auseinanderzusetzen. Ich schicke Ihnen als Anlage meinen ausgedruckten Text 160.0 und einen Begleittext. Außerdem eine CD mit den 4 Dateien, die den ganzen Schreibakt darstellen. Die Texte stehen auch im Internet. Ich schicke sie Ihnen per Post, damit Sie die Möglichkeit haben, das Anliegen direkt zur Kenntnis zu nehmen.

Bei allem Respekt vor der Institution Bundestag und Achtung vor ihren Mandatsträgern komme ich zum Schluss, dass der Bundestag ein Hort der Antidemokratie ist und im Hinblick auf die Optimierung der Lebensbedingungen der Menschen in unserem Staat weit hinter dem Möglichen zurückbleibt.

Ich habe keine Erwartungen, dass sich das ändert, sondern will mein Unbehagen dem Bundestag nur direkt mitteilen.

Mit freundlichen Grüßen

Neue Texte Januar 2019 / Begleittext der Benachrichtigung

Von der Wirkung politischer Leitideen, besonders, wenn sie falsch sind und auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag

- 160  **Die Thesen zum Zustand unserer Demokratie und Ökonomie
und ihren Entwicklungs-Chancen**
von Tristan Abromeit / Januar 2019
10 Seiten Anhang zu den Themen Bodenrecht, Bildungspolitik und Parteiendemokratie
von Gehardus Lang, Dirk Löhr und TA (33 + 10 Seiten / 468 KB)
- 160.1  **Protokoll der Überlegungen zum Thema
und ihren Entwicklungs-Chancen**
von Tristan Abromeit Dezember 2018 (282 Seiten 5,02 MB)
- 160.2  **Über ein notwendiges freiwirtschaftliches Manifest**
zur Lage und zu den Möglichkeiten Deutschlands und Europa in heutiger Zeit
eine Forderung vom Dezember 2017
von Tristan Abromeit (16 Seiten / 176 KB)
-

Die Thesen sind als eine Art Zusammenfassung des Textes 160.1 entstanden, aber ohne direkte Zugriffe darauf. Nur einmal habe ich auf ein Thema im langen Text verwiesen. Den Text 160.1 habe ich Protokoll genannt, weil er das Ergebnis eines kreativen und meditativen Schreib- und Leseprozesses ist. Er enthält keine Gliederung und wer interessiert ist, kann auf jeder Seite anfangen und aufhören. Die Einfügung von Textziffer mit ein Stichwort aus dem jeweiligen Text als Zwischenüberschrift, ein Namens- und Sachwortregister wären nützlich. Das überstieg z. Z. aber meine Möglichkeiten.

Bei der Ausführung meines Vorhabens, war ich mit mir und dem Ergebnis manchmal unzufrieden und habe, das im „Protokoll“ auch ausgedrückt. Die Notwendigkeit dieser Bemühungen wurden mir aber heute Morgen (8. 1. 2019) beim Lesen des Beitrages „Freiheit ist anstrengend“ in der HAZ auf den Seiten 2 und 3 deutlich. Jan Sternberg gibt ein Gespräch wieder mit Marianne BIRTHLER, („70, ist eine der wenigen Frauen aus der DDR-Bürgerrechtsbewegung, die es nach der Wende in hohe Ämter schaffte.“), Claudia SPRENGEL (29, Die Linke), Ricarda BUDKE (19, grüne Jugend), Rica ELLER (25, Jusos) und Julian BRÜNING (25, Junge Union). Es sind zwei Aussagen, die ich mich hier veranlassen, darauf hinzuweisen:

a) *Eller*: Noch nicht einmal ein Zehntel der Brandenburger vertraut politischen Parteien. Da weiß ich gar nicht mehr, auf welcher Basis ich auf die Leute zugehen soll. Als Vertreterin einer Partei kann ich ihnen anscheinend nicht kommen.

b) *BIRTHLER*: Wir sollten aber nicht vergessen: Dass die Einheit so schnell vollzogen wurde, ist nicht im Westen, sondern im Osten entschieden worden, und zwar mit den ersten freien Wahlen am 18. März 1990. Es gab damals heftige Debatten darum, ob der Beitritt nach Artikel 23 Grundgesetz oder eine verfassungsgebende Versammlung nach Artikel 146 der richtige Weg sei. Ich war damals für den zweiten Weg und habe Plakate geklebt: „Artikel 23 – Kein Anschluss unter dieser Nummer“.

Die Leute wollten die Einheit aber mit ganz großer Mehrheit sehr schnell. Ich hätte es mir anders gewünscht, aber das muss man dann respektieren. Die große Lehre von 1990 war ja für viele, auch für mich: Demokratie heißt nicht, dass jetzt alles passiert, das ich für richtig halte.

Vom Westen aus habe ich das mit der Eile anders gesehen als Marianne BIRTHLER. Jedenfalls war die Eile im Osten der CDU-Regierung Kohl willkommen, um eine Diskussion um die Verfassung gar nicht erst groß aufkommen zu lassen. Und die anderen Parteien und die Bürgerschaft insgesamt haben keinen großen Widerstand geleistet. Das wird aber bei dem 30. Jahrestag der Vereinigung von DDR und BRD in diesem Jahr kein Thema sein. Dort wird unsere Republik weiter in den Abgrund gejubelt werden.

8. Januar 2019 Tristan Abromeit



Herrn
Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3
31535 Neustadt

Berlin, 24. Januar 2019
Geschäftszeichen:
PuK 3/ram – 25489/13713
Anlagen: 2

Referat PuK 3
Texte und Anfragen

Darjusch Ramez
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-34094
Fax: +49 30 227-36548

Dienstgebäude:
Luisenstr. 32-34
10117 Berlin

Sehr geehrter Herr Abromeit,

Ihr Schreiben vom 15. Januar 2019 ist im Büro des Bundestagspräsidenten eingegangen. Ihre Kritik an dem Deutschen Bundestag, insbesondere Ihre Aussage, der Bundestag sei „ein Hort der Antidemokratie“, wird hier jedoch weder geteilt noch weiter kommentiert.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Darjusch Ramez

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3
31535 Neustadt
abromeit@t-online.de
www.tristan-abromeit.de

Deutscher Bundestag
- Präsidium -
Platz der Republik 1

11011 Berlin

10. 02. 2019

Ihr Schreiben vom 24. Januar 2019
Ihr Zeichen: PuK 3/ram – 25489/13713

Sehr geehrter Herr Ramez,

ich habe mein Schreiben vom 15. 1. 2019 an das Präsidium des Deutschen Bundestages und nicht nur an den Bundestagspräsidenten und auch nicht an das Referat PuK 3 adressiert. Ich erwarte eine Bestätigung, dass so verfahren wurde und dass das gesamte Präsidium Kenntnis von meinem Posteingang erhalten hat.

Mit freundlichen Grüßen



Herrn
Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3
31535 Neustadt am Rügenberge

Berlin, 20. März 2019
Bezug: Ihr Schreiben vom
15. Januar 2019
Anlagen: 2

Sekretariat Pet A

Dagmar Schrinner-Otto
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-39028
Fax: +49 30 227-36053
vorzimmer.peta@bundestag.de

Petitionsrecht

Pet A-19-99-1030-017757 (Bitte bei allen Zuschriften angeben)

Sehr geehrter Herr Abromeit,

Ihre Zuschrift wurde dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, der für Bürgeranliegen zuständig ist, zugeleitet. Sie übermitteln einen Text „Thesen zum Zustand unserer Demokratie und Ökonomie und ihren Entwicklungs-Chancen“.

Ihre Ausführungen habe ich als Meinungsäußerung zur Kenntnis genommen.

Eine Behandlung der in Ihrer Zuschrift enthaltenen Äußerungen ist jedoch innerhalb eines Petitionsverfahrens nicht möglich, weil nach Artikel 17 des Grundgesetzes die Tätigkeit des Petitionsausschusses auf die Behandlung von Bitten zur Gesetzgebung des Bundes und Beschwerden über Bundesbehörden beschränkt bleiben muss. Dagegen gehört es nicht zu seinen Aufgaben, zu Meinungsäußerungen Stellung zu nehmen.

Eine Weiterleitung an das gesamte Präsidium des Deutschen Bundestages gehört nicht zu den Aufgaben des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages.

Die übersandte CD ist wieder beigelegt, da eine Auswertung durch den Petitionsausschuss nicht erfolgen kann.

Personenbezogene Daten werden unter Wahrung des Datenschutzes gespeichert und verarbeitet.

Bitte beachten Sie die beigelegte Datenschutzhinweise.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag

D. Schrinner-Otto